

03 | 16**EILDIENST**

Aachen
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Castrop-Rauxel
Dortmund
Duisburg
Düren
Düsseldorf
Essen
Gelsenkirchen
Gladbeck
Hagen
Hamm
Herford
Herne
Iserlohn
Krefeld
Köln
Leverkusen
Lüdenscheid
Marl
Minden
Mönchengladbach
Mülheim an der Ruhr
Münster
Nettetal
Neuss
Oberhausen
Recklinghausen
Remscheid
Siegen
Solingen
Viersen
Willich
Witten
Wuppertal

Inhalt**2 Editorial**

- Mitgliederversammlung 2016
„Zuwanderung und Integration in den Städten – Chancen und Risiken“

3-6 Im Fokus

- Aktuelle Finanzlage der nordrhein-westfälischen Kommunen
- E-Government-Gesetz in Nordrhein-Westfalen: Zielsetzungen und Auswirkungen auf die Kommunen

7-11 Aus den Städten

- Wirtschaftsförderung in Bielefeld: ideenreich und gut vernetzt
- Future Lab Aachen: Fokus auf die Kraft der Innovation
- Einfach, schnell und bürgerfreundlich – Stadt Neuss bündelt Bürgerservice-Angebote online

12 Gern gesehen

- „Nichts ist, wie es war.
Nichts wird sein, wie es ist.“
Museum unter Tage in Bochum

12-13 Fachinformationen**14-15 Kaleidoskop****16 Termine**

Liebe Leserinnen und Leser,

am 14. April 2016 kommen rund 500 Delegierte und Gäste im Eurogress der Stadt Aachen zur Mitgliederversammlung 2016 zusammen. Unter dem Motto „Zuwanderung und Integration in den Städten – Chancen und Risiken“ wollen sie sich über aktuelle Fragestellungen im Zusammenhang mit der Zuwanderung und Integration von Zufluchtsuchenden in den Städten austauschen.

Wir wollen erörtern, wie Zuwanderung besser gesteuert werden kann. Welche Rahmenbedingungen müssen erfüllt werden, damit die Städte in die Lage versetzt sind, sich den Menschen vor Ort mit der erforderlichen und angemessenen Intensität zuzuwenden, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit in den Städten bleiben werden? Wir müssen auch darüber sprechen, was mit den Menschen geschieht, die kein Bleiberecht haben.

Wir wollen die Mitgliederversammlung 2016 nutzen, um die verschiedenen Bausteine gelingender Integration herauszuarbeiten und zu beleuchten. Die Städte haben schon in der Vergangenheit bewiesen, dass sie Herausforderungen der Integration meistern können. Aber welche Handlungsfelder sind dabei in den Städten besonders betroffen und wie wirken sie ineinander und miteinander? Welche Rolle kann das Ehrenamt bei der Integration spielen?

Wir wollen uns mit den Bereichen Bildung und Spracherwerb befassen, aber auch mit der Stärkung der Integration in den Arbeitsmarkt. Integration bedeutet auch eine gelungene Wohnsituation. Wir wollen Strategien besprechen, mit denen wir genügend bezahlbaren Wohnraum sowohl für Einheimische als auch für Zugewanderte schaffen können.

Und nicht zuletzt müssen wir natürlich auch über die Finanzierung dieser Aufgaben sprechen. Wir brauchen Klarheit darüber, welche Kosten bei der Aufnahme und Unterbringung sowie bei der Integration von Flüchtlingen entstehen. Und wir brauchen Klarheit darüber, wie diese Kosten auf Bund, Land und Kommunen verteilt werden.

Wir freuen uns sehr, dass der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger, im ersten Teil der Mitgliederversammlung zu uns sprechen wird. Er wird uns zu den Finanzierungsfragen sicher – auch vor dem Hintergrund der bereits geschlossenen Vereinbarungen

mit den kommunalen Spitzenverbänden – die Einschätzung des Landes schildern.

Mit den Aspekten und Strategien von gelingender Integration wird sich insbesondere die Diskussionsrunde im zweiten Teil der Mitgliederversammlung am Nachmittag befassen. Nach einem kurzen Impulsvortrag von Frau Prof. Dr. Christine Langenfeld, der Vorsitzenden des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen der erfolgreichen Integration vor Ort wird sie gemeinsam mit vier weiteren Gästen über die Chancen und Grenzen der Integration in den Städten diskutieren. Wir freuen uns auf Herrn Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Rainer Schmelzer, den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Günter Krings, sowie zwei Vertreter aus der kommunalen Praxis, den gastgebenden Oberbürgermeister Marcel Philipp und die Flüchtlingsbeauftragte des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Düsseldorf, Miriam Koch.



Am Ende ist klar: Die Städte in Nordrhein-Westfalen sehen sich mit Land und Bund in einer Verantwortungsgemeinschaft, die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu bewältigen. Es ist aber auch allen bewusst, dass es daneben weitere Themen der Stadtgesellschaft gibt, die ebenso mit Nachdruck voran gebracht werden müssen. Auch diesen Themen möchten wir uns zuwenden und herausarbeiten, welche Bereiche uns in den vergangenen Jahren besonders beschäftigt haben und in den kommenden Jahren fordern werden.

Ich freue mich auf einen lebendigen und anregenden Austausch mit den Delegierten und Gästen der Mitgliederversammlung in Aachen.

Thomas Hunsteger-Petermann
Vorsitzender Städtetag NRW
Oberbürgermeister der Stadt Hamm

Finanzlage: Nordrhein-westfälische Kommunen bleiben abgekoppelt von bundesweiter Entwicklung

Von Benjamin Holler

NRW-Kommunen auch 2015 im Defizit

Die Ergebnisse der öffentlichen Haushalte im Jahr 2015 sind geprägt von der guten Konjunkturlage. Dies drückt sich auch im insgesamt positiven Finanzierungssaldo der Gemeinden und Gemeindeverbände (Kern- und Extrahaushalte) aus, die bundesweit einen Überschuss von 3.150 Millionen Euro (42 Euro/Einwohner) erzielt haben. Die nordrhein-westfälischen Kommunen konnten allerdings nicht in gleichem Maße von der konjunkturellen Erholung profitieren. Hier ergibt sich in der Gesamtschau der kommunalen Kern- und Extrahaushalte ein Defizit in Höhe von 583 Millionen Euro (33 Euro/Einwohner). Wie bereits im Vorjahr bleiben die nordrhein-westfälischen Kommunen von der bundesweiten Entwicklung abgekoppelt (vgl. Abb. 1).

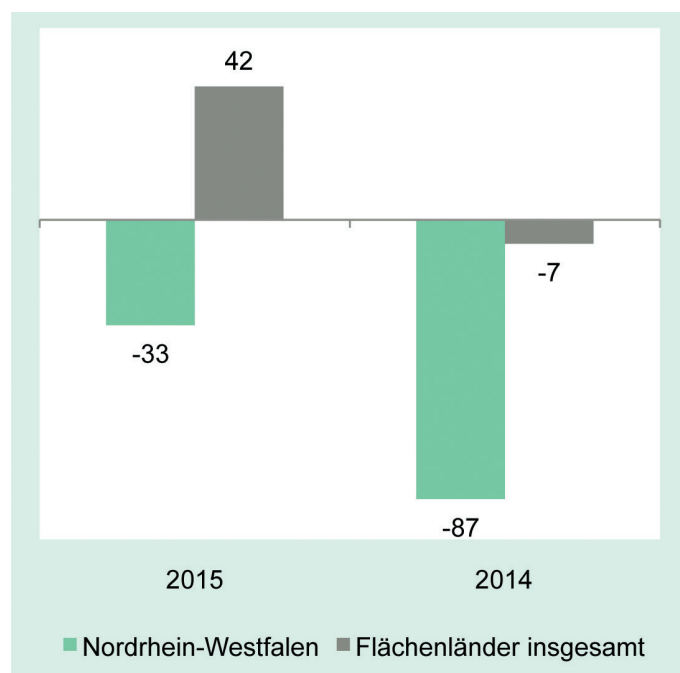


Abb.1: Finanzierungssaldo der kommunalen Kern- und Extrahaushalte in Euro je Einwohner

Quelle: Statistisches Bundesamt, vierteljährliche Kassenstatistik.

Geprägt wird dieses Ergebnis von deutlichen Steigerungen bei den Sozialen Leistungen (8,5 Prozent), den Personalausgaben (5,4 Prozent) und den Sachinvestitionen (9,4 Prozent). Das fortlaufende Wachstum der Sozialausgaben wird aktuell durch den Zuzug von anerkannten Flüchtlingen und den Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bzw. dem SGB II noch verstärkt. Die gestiegenen Personalausgaben sind auf die Tarifveränderungen der letzten Jahre und die teilweise erhöhten Personalbedarfe zurückzuführen. Bei den Sachinvesti-

tionen zeigt sich im Jahr 2015 der erhebliche Nachholbedarf bei der kommunalen Infrastruktur, dem der Bund mit seinem ad-hoc geschaffenen Investitionsprogramm begegnen will. Von den 3,5 Milliarden Euro an Bundesmitteln aus dem Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen fließen ab dem Jahr 2015 rund 1,1 Milliarden Euro an die nordrhein-westfälischen Kommunen. Die schnelle Umsetzung erster Maßnahmen spiegelt sich hier bereits in der Finanzstatistik wieder.

Der Zuwachs auf der Ausgabenseite findet in der Gemeindefinanzierung durch das Land keinen Niederschlag: Denn obwohl die Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2015 um 7,4 Prozent zugelegt haben, stiegen die Schlüsselzuweisungen nur um magere 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nicht zuletzt bedingt durch einen weiteren Einschnitt in die Schlüsselmasse zur Gegenfinanzierung der zweiten Stärkungspakststufe. Die Mehrausgaben führen damit, sofern sie nicht durch eigene Einnahmequellen der Kommunen gegenfinanziert werden können, zu dem verbleibenden Defizit.

Mehr als 50 Milliarden Euro kommunale Schulden in NRW

Die finanzielle Schieflage der Kommunen in NRW und ihre Abkopplung von den Entwicklungstrends im Rest der Bundesrepublik lässt sich besonders deutlich an der kommunalen Verschuldungssituation ablesen: Während Bund, Länder und die Kommunen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg ihren Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr reduzieren konnten, erreichen die Verbindlichkeiten der nordrhein-westfälischen Kommunen mit mehr als 50 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Die nordrhein-westfälischen kommunalen Haushaltsergebnisse bestätigen die Einschätzung des Deutschen Städtetages, dass das bundesweite Einnahmeplus zu gering ist, als dass die Kommunen damit ihre Leistungen etwa für die Integration finanzieren oder die kommunale Verschuldung und Defizite bei der kommunalen Infrastruktur entscheidend abbauen könnten. Vielmehr unterstreichen sie die Sorge, dass durch die steigenden Sozialausgaben die Unterschiede zwischen strukturschwachen und strukturgefestigten Städten weiter zunehmen.

Getrieben wird die Schuldenentwicklung von den besonders problematischen Krediten zur Liquiditätssicherung. Während die investive Verschuldung der Kommunen in NRW um 430 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr verringert werden konnte (-1,9 Prozent) stiegen die Liquiditätskredite um 1.083 Millionen Euro bzw. 4,1 Prozent auf einen Stand von 27,5 Milliarden Euro an.

Diese kurzfristigen Verbindlichkeiten unterliegen einem besonders hohen Zinsrisiko, das bei einer Veränderung der finanzwirtschaftlichen Gesamtlage die kommunalen Haushalte einem zusätzlichen Druck aussetzen wird.

Große und größere Städte in NRW besonders betroffen

Nordrhein-Westfalen ist in besonderem Maße geprägt von städtischen Strukturen: Etwa zwei Drittel (63 Prozent) der Bevölkerung leben in großen und größeren kreisfreien oder kreisangehörigen Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern. Demnach wird die kommunale Finanzlage in Nordrhein-Westfalen auch in besonderem Maße von Problemen bestimmt, die sich bundesweit in vielen großen und größeren Städten wiederfinden: Überdurchschnittlich hohe und weiter steigende Sozialausgaben sowie die erheblichen Nachholbedarfe bei der kommunalen Infrastruktur.

Dementsprechend verzeichnen die großen und größeren Städte im Jahr 2015 in ihren Kernhaushalten einen Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 324 Millionen Euro. Die kleineren Gebietskörperschaften (weniger als 50 000 Einwohner) erzielen hingegen einen kleinen Finanzmittelüberschuss von 34 Millionen Euro. Auch innerhalb Nordrhein-Westfalens ist so ein zunehmendes Auseinanderentwickeln von prosperierenden und strukturschwachen Städten zu beobachten. Dies drückt sich auch in der Liquiditätsverschuldung aus: Während die kleineren Städte und Gemeinden bei einem mäßigen Anstieg in den vergangenen fünf Jahren Pro-Kopf-Kassenkredite zum Jahr 2015 in Höhe von 683 Euro je Einwohner auswiesen, stiegen die Liquiditäts-

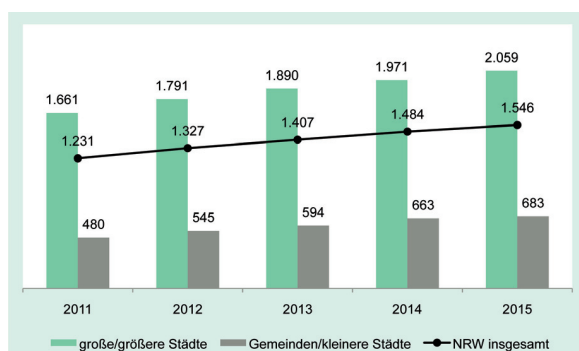


Abb. 2: Kredite zur Liquiditätssicherung in Euro/Ew.*

*) ohne Landschaftsverbände, unter Berücksichtigung der anteiligen Verbindlichkeiten der umlagefinanzierten Landkreise. Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben von IT.NRW, vierteljährliche Kassenstatistik.

schulden in den großen und größeren Städten im gleichen Zeitraum doppelt so stark und übersteigen inzwischen die Marke von 2 000 Euro je Einwohner (vgl. Abb. 2)

Besondere Rolle der Stärkungspaktkommunen

Mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen unterstützt das Land 61 besonders stark verschuldete Städte und Gemeinden. Ihnen werden für einen Übergangszeitraum finanzielle Hilfen gewährt, die in einem deutlichen Umfang von allen nordrhein-westfälischen Kommunen (durch

Vorwegabzüge im GFG und die 2014 eingeführte Solidaritätsumlage) finanziert werden müssen. Im Gegenzug sind die teilnehmenden Kommunen zu erheblichen Haushalts-sanierungsmaßnahmen verpflichtet und müssen im Jahr 2016 (1. Stufe) bzw. 2018 (2. Stufe) erstmalig den Haushaltsausgleich erreichen.

In der Summe aller Stärkungspaktkommunen erreichen die teilnehmenden Städte und Gemeinden bereits 2015 einen Finanzmittelüberschuss in Höhe von 49 Euro je Einwohner. Der bislang erreichte Umsetzungserfolg bei der Haushalts-sanierung unterliegt nicht zuletzt angesichts der Entwicklung der Flüchtlingszahlen und der damit einhergehenden finanziellen Belastung der kommunalen Ebene gerade in diesem Jahr erheblichen Planungs- und Entwicklungsrisiken. Eine (unauskömmliche) Kostenerstattung bei den notwendigen Ausgaben zur Förderung der Integration wird sich bei den Stärkungspaktkommunen besonders deutlich zeigen und kann kaum noch durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen aufgefangen werden.

Auch dürfen die wirtschaftlichen Entwicklungsimpulse in den Stärkungspaktkommunen nicht außer Acht gelassen werden. Schon jetzt liegen die Hebesätze bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer bei den am Stärkungspakt teilnehmenden Gemeinden deutlich über denen der Nicht-Stärkungspakt-Gemeinden. Auch wenn der Stärkungspakt mit der Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs in den teilnehmenden Kommunen sein gesetzlich vorgegebenes Kernziel erreichen kann, droht die Gefahr, dass die dafür notwendigen erheblichen Konsolidierungsschritte die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten im Land weiter verstärken.

Die NRW-Kommunen brauchen weitere Entlastung im Sozialbereich

Die nordrhein-westfälischen Kommunen geraten in die Gefahr, dauerhaft von der finanzwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Innerhalb des Landes verteilt sich die strukturelle und finanzielle Schieflage insbesondere auf die großen und größeren Städte. Land und Bund müssen diesen Disparitäten stärker als bislang entgegenzutreten. Dabei müssen die Ursachen für die Situation der von einer Abwärtsspirale bedrohten Städte abgebaut werden ohne die Ursachen für den Erfolg prosperierender Städte einzuschränken.

Die Sozialausgaben spielen dabei eine besondere Rolle. Sie steigen weiterhin an und haben 2015 mit 18 Milliarden Euro einen Anteil von 23,6 Prozent des gesamten kommunalen Haushaltsvolumens erreicht. Hier muss der Bund in die Pflicht genommen werden. Notwendige weitere Entlastungsschritte sollten sich dabei insbesondere auf die Kosten der Unterkunft (SGB II) konzentrieren, um dringend benötigte Handlungsspielräume in den strukturell besonders belasteten Städten zu erreichen.

Benjamin Holler
Wissensch. Mitarbeiter Städtetag Nordrhein-Westfalen

E-Government-Gesetz in Nordrhein-Westfalen: Zielsetzungen und Auswirkungen auf die Kommunen

Von Erko Grömig

Die Digitalisierung der Gesellschaft hat inzwischen auch die öffentliche Verwaltung erreicht. Mit dem am 31. Juli 2013 verkündeten E-Government-Gesetz des Bundes (EGovG) vom 25. Juli 2013 will der Bundesgesetzgeber durch den Abbau bundesrechtlicher Hindernisse die elektronische Kommunikation mit der Verwaltung und zwischen Behörden erleichtern. Das Gesetz soll über die föderalen Ebenen hinweg Wirkung entfalten, indem es Bund, Ländern und Kommunen ermöglicht, einfachere, nutzerfreundlichere und effizientere elektronische Verwaltungsdienste anzubieten. Die bislang fehlende landesgesetzliche Grundlage für die Bereiche, in denen Landesrecht ausgeführt wird, wird nunmehr geschaffen.

Zielsetzungen des Gesetzes

Der Entwurf zu einem E-Government-Gesetz des Landes verfolgt drei wesentliche Zielsetzungen:

- Sicherstellung der Einheitlichkeit des Verwaltungsvorgangs in Nordrhein-Westfalen mit Blick auf das zum 1. August 2013 in Kraft getretene EGovG des Bundes
- nachhaltige Förderung der Einführung elektronischer Verfahren und der elektronischen Abwicklung von Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen und
- Schaffung eines rechtlichen Rahmens für die verbindliche Vereinbarung von Standards, Strukturen und Verfahrensweisen für die Informationstechnik in der Landesverwaltung sowie für die informationstechnische Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Land und Kommunen.

Mit Blick auf die Adressaten ist zu unterscheiden zwischen Regelungen, die Landesbehörden, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie sonstige der Aufsicht des Landes unterliegende Körperschaften des öffentlichen Rechts gleichermaßen verpflichten, und Regelungen, die ausschließlich Landesbehörden betreffen.

Die wesentlichen Regelungen für alle Adressaten sind:

Elektronischer Zugang zur Verwaltung:

- Verpflichtung zur Eröffnung eines elektronischen Zugangs (d.h. zumindest eines E-Mail-Zugangs), aber mit der zusätzlichen Verpflichtung, hierfür ein Verschlüsselungsverfahren anzubieten.

- Darüber hinaus die Verpflichtung, einen elektronischen Zugang in Form der absenderbestätigten De-Mail zu eröffnen und einen elektronischen Identitätsnachweis (eID) anzubieten.
- Über das Bundesgesetz hinausgehende Verpflichtung, bei der Kommunikation mit „Außenstehenden“ in der Regel auf dem von diesen gewählten Kommunikationsweg zu antworten (Rückkanal).
- Verpflichtung, die Durchführung von Verwaltungsvorgängen im Außenverhältnis elektronisch anzubieten, soweit nicht bestehende Rechtsvorschriften entgegenstehen. Dies zielt nicht auf die verwaltungsinterne Abwicklung von Verwaltungsvorgängen, sondern auf die Abwicklung zwischen Verwaltung und Nutzerinnen und Nutzern. Wie im Bundesgesetz wird grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet, vorzulegende Nachweise elektronisch einzureichen.
- Darüber hinausgehende Ermächtigung, diese Nachweise mit Einwilligung des Verfahrensbeteiligten unmittelbar bei der ausstellenden (deutschen) öffentlichen Stelle einzuholen.

IT-Beirat einrichten

Mit Blick auf die informationstechnische Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen kommt dem im Gesetzentwurf vorgesehenen IT-Kooperationsrat besondere Bedeutung zu. Für die Koordinierung und strategische Abstimmung innerhalb der Landesverwaltung ist die Einrichtung eines IT-Beirats geplant. Dieses Gremium soll aber nicht gesetzlich verankert werden.

Verwaltungsmodernisierung befördern

In die Erarbeitung des Entwurfs zu einem E-GovG NRW ist der Städtetag umfänglich eingebunden worden. Auch eine Reihe kommunaler Anregungen und Hinweise wurden bereits aufgegriffen. Der Gesetzentwurf schafft wichtige Rahmenbedingungen für den Einsatz moderner Technik, die es kommunalen Verwaltungen in Verbindung mit der Optimierung von Geschäftsprozessen ermöglicht, Verwaltungsvorgänge zu beschleunigen, Verfahrenskosten zu senken und das Dienstleistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft nachhaltig zu verbessern. Der Städtetag verspricht sich von dem Gesetzentwurf einen zusätzlichen Schub für die weitere Modernisierung der kommunalen Verwaltungen.

Konnexität beachten

Allerdings erwartet der Städtetag, dass das Land mit dem Gesetz nach Möglichkeit keine Vorgaben setzt, die die kommunale Organisationshoheit übermäßig einschränken und/oder nach Maßgabe des KonnexAG NRW eine Belastungsausgleichsverpflichtung begründen könnten. Denn die Städte sind gleichwohl Adressaten einzelner verpflichtender Vorgaben, die durchaus finanzielle Auswirkungen haben (Pflicht zur Eröffnung eines elektronischen Zugangs oder auch zum Angebot der elektronischen Abwicklung von Verwaltungsverfahren und zur elektronischen Behördenkommunikation etc.). Dabei handelt es sich sowohl um Sach- als auch um Personalkosten.

Diese Vorschriften beinhalten besondere Anforderungen an die kommunale Aufgabenerfüllung im Sinne von § 2 Abs. 4 KonnexAG NRW, was eigentlich ein Verfahren zur Ermittlung eines möglichen Belastungsausgleichs erfordert. Dabei sind notwendigen (Investitions-)Aufwänden gemäß § 3 Abs. 5 KonnexAG NRW eintretende Entlastungen wie z.B. Personaleinsparungen und Verbesserung bei Prozessabläufen gegenüberzustellen. Eine solche Gegenüberstellung von Be- und Entlastungen erweist sich im vorliegenden Fall als schwierig. Ergebnisse zeigen sich zumeist erst in mittel- bis langfristiger Perspektive, was es wiederum schwierig macht, sie im Rahmen einer Kostenfolgeabschätzung angemessen zu berücksichtigen. Hinzu kommt, dass einzelne Vorgaben des Gesetzesentwurfs mit absehbaren finanziellen Auswirkungen zu unterschiedli-

chen Zeitpunkten in Kraft treten sollen. Möglicherweise konnexitätsrelevante Belastungen mögen daher noch nicht mit dem Inkrafttreten des E-Government-Gesetzes NRW eintreten, können aber für den nachfolgenden Zeitraum aus heutiger Perspektive nicht völlig ausgeschlossen werden.

Evaluation gewährleisten

Im Rahmen einer Evaluation des Gesetzesentwurfs müssen in jedem Fall auch die entstehenden Be- und Entlastungen betrachtet werden, wobei es sachgerecht wäre, den für eine Evaluation bzw. einen Erfahrungsbericht vorgesehenen Zeitraum auf drei Jahre zu verkürzen.

Stärkungspaktkommunen einbeziehen

Soweit der vorliegende Gesetzesentwurf keine unmittelbaren Verpflichtungen enthält, sondern den Städten unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen spezifischen Gegebenheiten neue Optionen der Verwaltungsmodernisierung eröffnet, müssen die Kommunalaufsichtsbehörden gewährleisten, dass diese Optionen trotz der damit zunächst verbundenen Sach- und Personalkosten grundsätzlich auch solchen Kommunen eröffnet sind, die sich in der Haushaltssicherung bzw. Haushaltssanierung befinden.

Erko Grömig
Hauptreferent Städtetag Nordrhein-Westfalen

„Eildienst“ elektronisch nutzen oder per Newsletter beziehen



Die Publikation „Eildienst“ kann als PDF-Datei elektronisch genutzt oder per E-Mail bezogen werden. Interessenten können die aktuelle Ausgabe abrufen im Internetangebot des Städtetages Nordrhein-Westfalen unter <http://www.staedtetag-nrw.de/veroeffentlichungen/eildienst/index.html>



Alternativ dazu gibt es die Publikation „Eildienst“ auf Wunsch auch regelmäßig als Newsletter via E-Mail. Bestellungen dazu bitte unter presse-info@staedtetag-nrw.de

Wirtschaftsförderung in Bielefeld: ideenreich und gut vernetzt

Von Pit Clausen

Unternehmerisches Engagement zu fördern, die Stadt zu einem modernen Wirtschafts- und Lebensstandort weiterzuentwickeln, das sind die zentralen Herausforderungen für Bielefeld als Großstadt mit wachsender Beschäftigung, Studierendenschaft und Bevölkerung sowie mit Metropolfunktion für die gesamte Region Ostwestfalen-Lippe (OWL). Aufgabe von Verwaltung, Politik, Verbänden und der städtischen Wirtschaftsförderungseinrichtung – namentlich die WEGE (Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft Bielefeld mbH) – ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Unternehmen in der Stadt zukunftsfähig und wettbewerbsfähig sein können.

Zu den Rahmenbedingungen gehören bekanntlich: Die Höhe der Gewerbesteuer, vorhandene Gewerbeflächen, schnelle Datenleitungen, die günstige verkehrliche Erreichbarkeit Bielefelds, verfügbare Fachkräfte und Auszubildende, die Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur, das attraktive Kulturangebot, die gute Wohn- und Einkaufsqualität, das wirtschaftsfreundliche Klima und schließlich auch die Anziehungskraft als Großstadt mit zentralen Funktionen für die Region.

Wirtschaftsförderung kann somit immer nur eine gesamtstädtische (und zunehmend auch regionale) Aufgabe sein. Im Orchester der beteiligten Akteure ist die WEGE die zentrale Anlaufstelle – sozusagen der „Klingelknopf“ – den die Unternehmen bedienen können, um ihre Anliegen, Probleme und Wünsche zu adressieren. Gleichzeitig funktioniert sie als eine Art „Umschlagplatz“ für Kontakte, Ideen, Kooperationen, Projekte und die Teilhabe an Trends und neuen Entwicklungen, die für Bielefelder Unternehmen nützlich sind.

Bielefeld als Wissenschaftsstandort weiter ausbauen

Unsere Stadt punktet mit dem rasanten Ausbau als Hochschul- und Wissenschaftsstandort. Mit Investitionen von über einer Milliarde Euro in den Campus Bielefeld entwickelt sich die Stadt zu einem der modernsten Hochschulstandorte Deutschlands. Die Zahl der Beschäftigten im Hochschulsektor sowie in den hochqualifizierten und wissensintensiven Berufen steigt erfreulich. Und mit rund 34.000 Studierenden im WS 2014/2015 ist Bielefeld (in Relation zur Einwohnerzahl) der viertgrößte Hochschulstandort in NRW.

Um diesen positiven Trend für die Zukunft zu nutzen, habe ich als Oberbürgermeister einen Dialogprozess

zusammen mit Hochschulen, Studierenden, Politik, Wirtschaft und Verbänden initiiert. Worauf es dabei besonders ankommt: den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft noch besser zu organisieren, Ausgründungen zu fördern, internationale Studierende und Wissenschaftler/innen willkommen zu heißen, noch mehr vorhandenes Hochschulwissen in die Stadtgesellschaft zu tragen, die Rahmenbedingungen für das Arbeiten, das Studieren sowie Freizeit und Leben auf dem Campus noch attraktiver zu machen.

Gewerbeflächenbedarfsprognose und -monitoring ermöglichen zukunftsorientiertes Handeln

Gewerbeflächen sind für jede Kommune eine unverzichtbare Voraussetzung, damit vorhandene Unternehmen bleiben und sich neue ansiedeln können. Angesichts der Verknappung von Gewerbeflächen haben wir ein gesamtstädtisches Monitoring eingeleitet, bei dem wir alle freien Bauflächenreserven erfassen und die zumeist privaten Eigentümer von einer Nutzung bzw. einem Verkauf überzeugen wollen. Auch wird eine Prognose aktueller und zukünftig notwendiger Flächen erarbeitet. Wirtschaft verändert sich und damit auch die Flächennachfrage. Das wollen wir genau bewerten und dann in Angriff nehmen. Auf jeden Fall werden wir auch neue Flächen anbieten müssen.

Gründungen und Unternehmertum fördern

Ob Kleinstunternehmen, Freiberufler oder Start-up, die städtische Wirtschaftsförderung unterstützt auf dem Weg in die Selbstständigkeit oder in der Festigungsphase: So reicht das Angebot von Beratung über Qualifizierung, Räumlichkeiten, Networking bis zum praktischen Mentoring. Mit dem Unternehmensnetzwerk WIM, einer selbstorganisierten Initiative primär für kleine Unternehmen, bieten wir vor allem Erfahrungsaustausch und Qualifizierung für Kundengewinnung, Finanzierung, Betriebsführung und gemeinsame Vermarktungsprojekte. Mit dem Bau eines Firmen- und Gründerzentrums – dem „Innovationszentrum Campus Bielefeld“ – in direkter Nähe zu Universität und Fachhochschule verbessern wir gegenwärtig das Angebot für die wissensintensiven und technologieorientierten Start-ups.

Wirtschaftsorientiertes Marketing gelingt gemeinsam mit Unternehmen

Bielefelds Stärke als Wirtschaftsstandort basiert auf einem leistungsstarken (häufig familien- oder



(Foto:Stadt Bielefeld)

inhabergeführten) Mittelstand mit einem gesunden Branchenmix aus Maschinenbau, Metallverarbeitung, Ernährungsindustrie, Gesundheitswirtschaft, Textil/

Future Lab Aachen: Fokus auf die Kraft der Innovation

Von Marcel Philipp

Aachen ist nicht nur eine Stadt der Tradition, wovon der berühmte Kaiser Karl und der mindestens genauso berühmte Dom zeugen, sondern auch eine Stadt der Innovation, der Wissenschaft. Die ganze Stadt tickt im Rhythmus ihrer Hochschulen und der Forschung. Das stellen wir unter der Dachmarke „Future Lab Aachen – Kunst des Fortschritts“ in den Vordergrund unserer Marketingaktivitäten – im Jahr 2016 und darüber hinaus. Und das gab es noch nie: Mit einem gemeinsamen Auftritt und in einem gemeinsam gesteckten Rahmen zeigen die Hochschulen der Stadt, die RWTH, die FH, die KatHO NRW und die Musikhochschule gemeinsam mit der Stadt Aachen den Schulterschluss.

Als Oberbürgermeister freue ich mich, dass wir dieses starke Zeichen nach außen setzen. Dass wir es tatsächlich geschafft haben, uns gemeinsam mit den

Bekleidung, IT-Wirtschaft/Medien, Logistik, Baugewerbe und Handel. In den letzten zwanzig Jahren hat sich Bielefeld zu einem profilierten Dienstleistungszentrum mit starker Prägung durch das produzierende Gewerbe entwickelt: Weltbekannte Marken, Hidden Champions und Start-ups stehen für Stabilität, Innovation und besondere Arbeitgeberattraktivität.

Um die wirtschaftlichen Erfolge in und aus Bielefeld noch besser zu vermarkten, hat die WEGE das Wirtschaftsportal „www.das-kommt-aus-bielefeld.de“ ins Leben gerufen. Aktuell präsentieren sich 250 Unternehmen mit ihren besonderen oder einzigartigen Produkten und Dienstleistungen und machen die Wirtschaftskompetenz und Wirtschaftskraft ihrer Stadt regional und überregional sichtbar. Die Community der beteiligten Unternehmen wächst stetig und schafft weitere Vorteile wie z. B. den Austausch untereinander oder die erhöhte Aufmerksamkeit bei Fach- und Führungskräften.

In Zukunft wird es darum gehen, die Stärken in engem Schulterschluss mit der und für die Region OWL auszubauen. Mit bereits erfolgreichen Kooperationsverbünden engagieren wir uns für einen starken Wirtschaftsraum OWL. Um die Zusammenarbeit mit den direkt angrenzenden Nachbarkommunen zu verstärken, haben wir jüngst die „Regiopole Bielefeld“ gegründet. Auch hier ist Wirtschaftsförderung eine Querschnittsaufgabe mit großem Innovationspotenzial.

Pit Clausen
Oberbürgermeister Stadt Bielefeld

Hochschulen auf eine Präsentation zu verständigen, die die gemeinsamen Stärken hervorhebt und allen dient. Ich bin sehr sicher, dass wir mit diesem Auftritt reichlich Beachtung erzielen werden. Die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt und in einem weiten Radius um sie herum für das Thema zu begeistern, Aachen als attraktiven, innovativen und jungen Standort zu präsentieren – diese Ideen begeistern alle Akteure.

Welche Bedeutung das „Future Lab Aachen“ für die RWTH hat, brachte übrigens Rektor Prof. Dr. Ernst Schmachtenberg sehr treffsicher auf den Punkt: „Gerne bringen wir uns in diese übergreifende Plattform ein, um der Öffentlichkeit noch stärker als bisher Einblicke in die faszinierende Welt der Wissenschaft zu vermitteln.“ Und er benannte einige der vielen Aktivitäten, mit denen die RWTH schon seit langem ausdrücklich zum öffentlichen

Leben beitrage. „Denken Sie nur an die RWTH-Wissenschaftsnacht, das Bürgerforum RWTHextern mit seinen Vorträgen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen oder die Kinderuni“, betonte er.

Auch sein Kollege von der Fachhochschule, Prof. Dr. Marcus Baumann hat es auf einer großen Pressekonferenz Anfang des Jahres beschrieben: „Für die FH Aachen bedeutet Future Lab einen Aufbruch, der die Zukunft dieser Stadt zeigt, eine Wissenschaftsstadt, für die Invention, Intervention und Applikation außerordentlich prägend sind.“

Webkalender bündelt alle wissenschaftlichen Veranstaltungen

Die vielen Aktivitäten werden seit Anfang des Jahres in einem Tageskalender im Internet gebündelt – www.futurelab-aachen.de. Dort können sich Wissenschafts- und Technikbegeisterte erstmals auf einen Blick über Hochschulveranstaltungen informieren, die für alle zugänglich sind. Bislang haben alle für sich kommuniziert, jetzt werden all die öffentlich interessanten Veranstaltungen gebündelt und sehr übersichtlich dargeboten. Die Resonanz ist entsprechend.

Leuchtturm-Events für unterschiedliche Zielgruppen

Die Wissenschaftsstadt Aachen sichtbar machen: Wir als Veranstalter freuen uns nicht nur auf die Eröffnung des „Future Lab Aachen“ bei einem gemeinsamen Gala-Abend im und mit dem Theater Aachen am 11. Mai. Dort werden Forscherinnen und Forscher, viele Studierende und Gäste aus Politik und Verwaltung auf unterhaltsame und informative Weise zeigen, was das bedeutet: Innovation made in Aachen.

Future Lab-App



Wir sind auch gespannt auf die Future Lab-App, entwickelt in Kooperation von Stadt und RWTH-Professor Jan Borchers, ein interaktiver City-Guide, der ab Sommer zu markanten Orten der Wissenschaftsstadt Aachen führen soll – wie der Webkalender ein nachhaltiges Instrument der Vermittlung.

Temporäre „Leuchtturm“-Projekte

Darüber hinaus soll es aber auch große, temporäre „Leuchtturm“-Projekte des „Future Lab Aachen“ geben. Sie nehmen unterschiedliche Zielgruppen in den Fokus und sollen als öffentlichkeitswirksam inszenierte Events weit über die Grenzen der Region hinaus klarmachen: Hier leuchtet Aachener Exzellenz! Dazu gehören der

„Archimedische Sandkasten“, ein 300 Quadratmeter großer Spielplatz auf dem zentralen Katschhof zwischen Dom und Rathaus, auf dem im Rahmen der städtischen Ferienspiele Kinder und Jugendliche zwei Wochen lang ein monumentales physikalisches Spielzeug errichten sollen.

Und ein dreidimensionales Lichtprojekt auf der Rathausfassade ist ebenso in diesem Jahr geplant wie die Erweiterung des Stadtfestes „September Special“ um eine Bühne im Hochschulbereich.

Ingenieurpreis Aachen und Ausstellung im Centre Charlemagne

Der Aachener Ingenieurpreis, der dieses Jahr zum dritten Mal von Stadt und RWTH verliehen wird, hat bereits heute einen hohen Stellenwert weit über die Region hinaus. Um die Bedeutung des Ingenieurpreises auch in der Karlspreis-Stadt zu unterstreichen, wird unser Stadtmuseum Centre Charlemagne zu Ehren des letztjährigen Preisträgers, Prof. Dr. Franz Pischinger, Gründer der weltweit tätigen FEV Motorenteknik, mit der Ausstellung „Vom fauchenden Fafnir zum Fahrzeug der Zukunft – die Geschichte der Aachener Automobilindustrie“ aufwarten.

Termine über Termine, Ideen über Ideen, hinzukommen noch etliche Veranstaltungen, die von unterschiedlichen Einrichtungen außerhalb des Veranstalterkreises angeschoben werden, – kurzum, es wird für jede(n) etwas dabei sein! Das gemeinsame Projekt „Future Lab Aachen“ wird perspektivisch den Standort stärken, weil die vielen kleinen und großen Aktivitäten zu einer Atmosphäre beitragen, in der gesuchte Spitzenkräfte und ihre Familien sich in dieser Region, in der Wissenschaftsstadt Aachen zu Hause fühlen können.

„Ein Blick auf die Menschen, die alles in Gang setzen“

Daher bietet das „Future Lab Aachen“ für hiesige Unternehmen eine gute und vor allem völlig neuartige Plattform, um als Sponsoren ihre Unternehmensphilosophie zielgerichtet zu annoncieren. Gemeinsam machen wir sichtbar, was genau Aachen und die Region so stark macht: die Lehre, die Wissenschaft, die Forschung und Entwicklung, vor allem aber die Menschen, die das alles in Gang setzen und ermöglichen.

Gestützt wird das „Future Lab Aachen“ im Übrigen durch eine Reihe politischer Anträge.

Die Ratspolitikerinnen und -politiker möchten diesen Weg stärken:

Aachen als Stadt der Tradition und der Innovation noch weiter nach vorn zu bringen.

Marcel Philipp
Oberbürgermeister Stadt Aachen

Einfach, schnell und bürgerfreundlich – Stadt Neuss bündelt Bürgerservice-Angebote online

Von Tobias Spange

Ob Online-Banking oder Video-Streaming: Die Digitalisierung des Dienstleistungssektors schreitet fort und auch die Öffentliche Verwaltung muss sich dieser Entwicklung stellen. In Neuss kann der Nutzer seit Oktober 2015 mit dem neuen „Bürger Service Online“ auf der städtischen Homepage www.neuss.de Online-Dienste rund um die Uhr abrufen und Behördengänge einfach und komfortabel von zu Hause aus vorbereiten. Zehn verschiedene Verfahren sind hier auf einer Seite gebündelt und jetzt mit einem Klick auffindbar; gleichzeitig wurden zwei neue Verfahren präsentiert: Das Online-Fundbüro und der Mängelmelder.

Fundbüro und Mängelmelder

Das digitale Fundbüro listet sämtliche bei der Stadtverwaltung abgegebenen Fundstücke auf, inklusive Funddatum, Fundort und einer kurzen Beschreibung. Der Bürger kann somit vom heimischen Rechner aus prüfen, ob ein von ihm vermisster Gegenstand abgegeben wurde. Auf den neuen digitalen Mängelmelder kann man über die städtische Homepage zugreifen, er wird aber auch als App für Android- und iOS-Geräte angeboten. Mit dem Mängelmelder melden aufmerksame Bürger der Verwaltung Ärgernisse wie wilde Müllkippen oder gar Gefahren wie herabhängende Äste oder lockere Gehwegplatten. Eine Ortsangabe über eine Adresse oder die GPS-Daten des Mobilgerätes sowie ggf. ein Foto und eine kurze Erläuterung komplettieren die Meldung.

Kita-Navigator

Bereits frühzeitig hat die Stadt Neuss mit einem Kita-Navigator Eltern die Möglichkeit geboten, sich über die Kindertageseinrichtungen in ihrer Nähe zu informieren. Alle Kitas der unterschiedlichen Träger präsentieren sich mit einer informativen Beschreibung der Angebote und ihrer pädagogischen Arbeit sowie einer Bildergalerie. Damit bekommen die Eltern einen umfassenden Eindruck von den Einrichtungen sowie grundlegende und vergleichbare Informationen zu den einzelnen Kitas. Um die immer wiederkehrenden bürokratischen Verfahrensschritte für die Eltern und die Verwaltung zu vereinfachen, können die Kinder zudem für einen Betreuungsplatz in der Wunsch-Kita vorgemerkt werden.

Volkshochschule, Stadtbibliothek, Stadtarchiv

Die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren ist jedoch nicht allein auf die Vergabe von Kita-Plätzen beschränkt.

Im „Bürger Service Online“ können sich die Neusser auch für Kurse und Vorträge der Volkshochschule anmelden oder E-Books, -Audios, -Music, -Videos und -Paper bei der Stadtbibliothek auszuleihen. Dies stellt eine digitale Ergänzung zum gedruckten Bestand der Bibliothek dar. Das „analoge“ Inventar der Stadtbibliothek kann selbstverständlich ebenfalls per Online-Katalog durchforstet werden. Gestöbert werden kann zudem in den digital aufbereiteten Findbüchern des Stadtarchivs – ein Mehrwert für private oder wissenschaftliche Nachforschungen und ein Nachweis, wie von der „neuen“ Digitalisierung auch „Altes“ profitiert.

Elektronische Auftragsvergabe

Eine ganz andere Zielgruppe hat die E-Vergabe im Visier: Handwerker und Unternehmen können hier städtische Ausschreibungen einsehen und die eigenen Angebote direkt online ans Rathaus schicken. Dies verkürzt die Kommunikationswege und nimmt den Firmen unnötigen Termindruck, da der Postweg bei der Einhaltung von Fristen nicht mehr mitbedacht werden muss. Die Verwaltung spart nebenbei jährlich rund zweitausend Kilo Papier ein, die sonst allein bei der Vergabestelle verbraucht würden.

Solarpotenzialkataster

Auch die Zukunftsthemen Umwelt und Energie werden durch den „Bürger Service Online“ erfasst. Im Solarpotenzialkataster sind sämtliche Gebäude in Neuss verzeichnet und nach der Möglichkeit, auf jedem einzelnen Gebäude Fotovoltaikanlagen betreiben zu können, kategorisiert.

Ratsinformationssystem

Die digitale Transformation der Verwaltung geht mit neuen Erwartungen hinsichtlich Transparenz und Öffentlichkeit einher. Diesem Bedürfnis wird das Ratsinformationssystem gerecht, in dem sämtliche Beratungsunterlagen aller Sitzungen des Neusser Stadtrates und seiner Ausschüsse verfügbar sind. Die Bürgerinnen und Bürger können sich so im Vorfeld informieren, was auf der Tagesordnung der politischen Gremien steht und im Nachgang die Protokolle der Sitzungen abrufen. In einem separaten Bereich sind für die Ratsmitglieder zusätzlich die nicht-öffentlichen Sitzungsunterlagen hinterlegt, sodass die Ratsmitglieder papierlos sämtliche Sitzungen vor- und nachbereiten können.

Bewerberportal

Die erste Erweiterung des „Bürger Service Online“ stand bereits im November 2015 an, als ein Bewerberportal online ging, bei dem sämtliche bei der Stadt Neuss ausgeschriebenen Stellen hinterlegt sind. Bewerberinnen und Bewerber haben die Möglichkeit, ihre Unterlagen papierlos einzureichen. Das Portal ist bereits im Rahmen der Besetzung der Ausbildungsplätze 2016 erfolgreich getestet worden und wurde nach dem Start von „Bürger Service Online“ auf alle Stellenausschreibungen der Neusser Stadtverwaltung ausgeweitet.

Erweiterungen geplant

Aufgrund der positiven Resonanz und der stetig steigenden Nutzerzahlen sind die nächsten Erweiterungen bereits in Planung. So sollen 2016 Bewohnerparkausweise für entsprechende Parkzonen in der Innenstadt online beantragt werden können. In Verbindung mit einer Online-Bezahl- und „Print@Home“-Funktion soll der persönliche Gang zur Verwaltung überflüssig werden, da alle nötigen Schritte vollständig elektronisch abgewickelt werden. Analog zu den Nutzerkonten bei Online-Versandhäusern sollen die Bürgerinnen und Bürgern

künftig außerdem die Möglichkeit erhalten, ein sogenanntes „Bürgerkonto“ anzulegen und gegebenenfalls in Verbindung mit den Funktionen des elektronischen Personalausweises Dienstleistungen der Verwaltung in Anspruch zu nehmen. Der bisherige Postweg kann künftig in vielen Bereichen durch De-Mail abgelöst werden – ein weiterer Schritt in Richtung des papierlosen Büros.

Vorteile für Bürger und Verwaltung

Vom Digitalisierungsprozess profitieren sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Öffentlichen Verwaltung. Insbesondere ständig wiederkehrende Vorgänge ohne besondere Einzelfallprüfung können künftig von den Einwohnern der Stadt bequem von zu Hause aus erledigt werden. Sicherlich wird der Gang zur Verwaltung für komplexere Vorgänge mittelfristig die Regel bleiben, dennoch stellt die fortschreitende Digitalisierung eine erhebliche Vereinfachung im kommunikativen Umgang zwischen Verwaltungen und Bürger dar.

Tobias Spange
Leiter „Neue Medien“
im Presseamt der Stadt Neuss

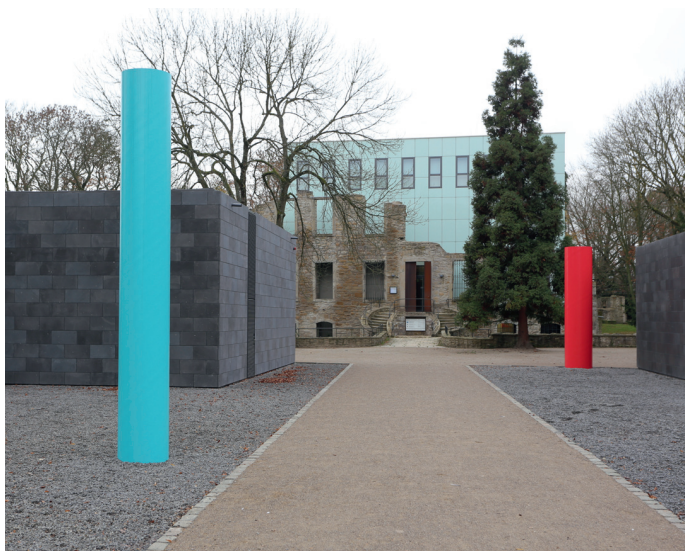
Bürger Service Online

Hier finden Sie unsere digitalen Angebote >



„Nichts ist, wie es war. Nichts wird sein, wie es ist.“ Museum unter Tage

Von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Bochum



(Foto: Lutz Leitmann / Stadt Bochum)

„Nichts ist, wie es war. Nichts wird sein, wie es ist.“ Dieser sinnhafte Satz begrüßt die Gäste am Eingang des Museums unter Tage (MuT). Mitten im Schlosspark Weitmar, einer der schönsten Grünanlagen der Stadt, liegt der sicherlich spannendste Museumsneubau der Region.

Seine Architektur integriert sich in den sehr gelungenen Umbau der Schlossruine und des Schlossparks. Das MuT beherbergt Kunst und ist dabei selbst ein Kunstwerk – die auf einer Fläche von 1.350 Quadratmetern angelegten Ausstellungsräume liegen unter der Erde. Neugierig steigt man die Stufen des erst im November letzten Jahres eröffneten Museums hinab – und ist wieder überwältigt: Mehr als 350 Werke zeigen „Welt-sichten - Landschaft in der Kunst seit sechs Jahrhunderten“. Das Spektrum reicht über fünf Jahrhunderte hinweg bis in die unmittelbare Gegenwart: vom klassischen Ölgemälde bis zur raumfüllenden Video-Sound-Installation, vom Goldenen Zeitalter der holländischen Malerei bis zu den Umweltkatastrophen der globalisierten Gegenwart.

Das Gebäude vervollständigt das Ensemble „Situation Kunst – für Max Imdahl“ im Weitmarer Schlosspark, zu dem auch der im Kulturhauptstadtjahr 2010 eröffnete „Kubus“ – eine in die Schlossruine integrierte moderne Ausstellungs- und Veranstaltungshalle – gehört. Situation Kunst ist Teil der Kunstsammlungen der Ruhr-Universität Bochum. Diesen einzigartigen Dreiklang aus Kunst-Kultur-Natur sollte sich jeder Besucher unbedingt ansehen.

Fachinformationen

Schulträgetagung thematisiert den Medienpass NRW, WLAN an Schulen, Bring your own Device und LOGINEO NRW

Am 20. April 2016 veranstaltet die Medienberatung NRW in Düsseldorf im Zentrum für Medien und Bildung, Bertha-von-Suttner-Platz 1, 40227 Düsseldorf von 9.30 Uhr bis 16.00 Uhr, eine Fachtagung für Vertreter/innen der Schulträger sowie Medienberater/innen. Die Veranstaltung ist eine wichtige Informations- und Austauschplattform rund um das Thema „Schulische IT-Infrastruktur“. Themen sind unter anderem der Medienpass NRW, die Medienentwicklungsplanung, WLAN, Bring your own Device und LOGINEO NRW im Mittelpunkt.

Die Teilnahme ist kostenlos. Eine Anmeldung ist jedoch spätestens bis zum 18.04.2016 erforderlich. Das

Tagungsprogramm kann der Einladung entnommen werden.

Als Ansprechpartnerin steht in der Medienberatung NRW Frau Birgit Giering (giering@medienberatung.nrw.de) zur Verfügung.



Eine Einladung und das Programm finden Mitglieder des Städtetages NRW im Extranet in der Rubrik Bildung unter <http://extranet.staedtetag-nrw.de>

Sportinformationsportal SURF liefert verlässliche Daten für effektive Sportförderung

Zur effektiven Förderung des Sports stellt das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) seit Februar 2016 seine kostenfreien und öffentlichen Datenbanken in dem eigens entwickelten Portal „Sport und Recherche im Fokus“ (SURF) unter www.BISp-SURF.de zur Verfügung.

Grundlage ist eine täglich wachsende Datenbasis, die zum Start von SURF bereits aus 220.000 Literaturnachweisen, 5.500 AV-Medien und qualitätsgeprüften Internetquellen sowie aus über 7.500 Projektdatensätzen bestand. Auch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) verlässt sich bei seinem regelmäßigen Hochschulranking auf diesen stets aktuellen Datenbestand des BISp, der als Grundlage der CHE-Bewertungen für die Sportwissenschaft herangezogen wird.

Nicht nur für die Wissenschaft auch für die Politikberatung und die Sportpraxis ist das intuitiv bedienbare Rechercheportal eine Hilfe. Beispielsweise können durch Filterungen der Ergebnisse sofort die Experten mit den meisten Publikationen und Projekten zu einem bestimmten Thema identifiziert werden. Zudem weist jeder Datensatz neben den formalen Angaben auch eine inhaltliche Zusammenfassung auf. Projektangaben beinhalten meist einen Hyperlink zur entsprechenden Webseite. Bei Publikationen verweist SURF je nach Verfügbarkeit auf Volltexte oder zu einem Dokumentenlieferdienst, sodass mit wenigen Klicks die gewünschten Texte vorliegen. Als „One-Stop-Shop“ bietet SURF mittlerweile Zugriff auf 15.000 frei ver-

fügbare Publikationen. Das BISp wertet dafür neben Monografien und Sammelbänden über 150 wissenschaftliche Zeitschriften systematisch und zeitnah aus. Darüber hinaus wird jährlich der Forschungsstand für laufende und abgeschlossene Projekte der deutschsprachigen Sportwissenschaft abgefragt und dokumentiert. Hinzu kommen mit dem neuen System externe sportrelevante Quellen, z. B. aus der internationalen Medizindatenbank PubMed Central, dem Directory of Open Access Journals (DOAJ) oder den Datenbanken der International Society of Biomechanics in Sports. Dieser Bestand wird sukzessive ausgebaut.

Das BISp bietet mit SURF für jeden kostenfrei zugänglich Antworten auf drei grundlegende Fragen: Was Sport leistet für Politik und Gesellschaft? Wie trainieren Sportler erfolgreich? Wo finden Sportwissenschaftler Forschungserkenntnisse?

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft (BISp) sichert mit SURF - „Sport Und Recherche im Fokus“ den nachhaltigen Wissenstransfer für Wissenschaft, Politik und Spitzensport. Hiermit entsteht das größte wissenschaftliche Sportinformationsportal in Europa.



Zugang zum Datenbankportal Surf gibt es unter
www.bisp-surf.de

Broschüre mit Sprachförderungsangeboten soll Hilfe für Geflüchtete erleichtern

Das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, das Ministerium für Schule und Weiterbildung und das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung haben eine Broschüre veröffentlicht, die einen Überblick über die auf Bundes- und Landesebene vorhandenen Sprachförderangebote für Geflüchtete vermittelt. Angebote der Bundesagentur für Arbeit sind ebenfalls eingepflegt. Die Übersicht soll dabei helfen, die geeigneten

Maßnahmen für Hilfesuchende zu finden und die Menschen adäquat zu beraten.



Die Broschüre steht für Mitglieder des Städtetages NRW im Extranet in der Rubrik Bildung und Sport zum Download bereit unter:
[http:// extranet.staedtetag-nrw.de](http://extranet.staedtetag-nrw.de)

2015 starteten 19,1 Millionen Passagiere von Nordrhein-Westfälischen Flughäfen

Von den sechs großen Flughäfen in Nordrhein-Westfalen flogen im Jahr 2015 nahezu 19,1 Millionen Passagiere ab. Das waren 4,4 Prozent mehr Fluggäste als 2014. Laut Information und Technik Nordrhein-Westfalen als statistisches Landesamt, startete damit etwa jeder sechste (17,7 Prozent) der insgesamt 108,2 Millionen Passagiere in Deutschland auf einem der großen NRW-Flughäfen.

Rund 15 Millionen der von den sechs großen NRW-Flughäfen gestarteten Passagiere flogen im vergangenen

Jahr ins Ausland (+5,4 Prozent). Im vergangenen Jahr stieg das Passagieraufkommen bei Flügen ins Ausland am Flughafen Köln/Bonn um 13,2 Prozent, in Niederrhein (Weeze) um 6,4 Prozent, in Düsseldorf um 3,7 Prozent, in Dortmund um 1,3 Prozent und am Flughafen Paderborn/Lippstadt um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Rückläufige Zahlen bei den Auslandspassagieren verzeichnete hingegen der Flughafen Münster/Osnabrück (-14,8 Prozent). (Quelle: IT.NRW)

Wohnungen, Gewerbeimmobilien und Straßenbau – Produktion im Bauhauptgewerbe steigt um 4,1 Prozent

Die Produktion im nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbe war im Januar 2016 um 4,1 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Laut statistischem Landesamt war die Produktion im Hochbau um 8,6 Prozent höher als im Januar 2015, während sie im Tiefbau um 1,3 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert lag. Für den Hochbau ermittelten die Statistiker Zuwächse in allen Bausparten: Das höchste Plus verzeichneten die Statistiker im Wohnungsbau (+12,1 Prozent), dicht gefolgt

vom öffentlichen Hochbau (+12,0 Prozent). Auch im gewerblichen und industriellen Hochbau (+5,4 Prozent) fiel die Produktionsleistung höher aus als ein Jahr zuvor. Innerhalb des Tiefbaus erhöhte sich die Bauleistung im Januar 2016 im Straßenbau (+6,0 Prozent) und im sonstigen öffentlichen Tiefbau (+6,6 Prozent). Im gewerblichen und industriellen Tiefbau war die Produktion hingegen um 9,9 Prozent niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. (Quelle IT.NRW)

Anzahl der Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen steigt bis 2020 um 5,1 Prozent

In Nordrhein-Westfalen wird die Zahl der Erwerbspersonen bis zum Jahr 2020 um 5,1 Prozent ansteigen. Das geht aus einer aktuellen Modellrechnung zur Entwicklung der Erwerbspersonen in NRW hervor. Nach Berechnung des Statistischen Landesamtes wächst die Zahl der männlichen Erwerbspersonen (+6,3 Prozent) in diesem Zeitraum deutlicher als die der weiblichen (+3,7 Prozent). Langfristig wird bis zum Jahr 2060 von einem Rückgang der Erwerbspersonenzahl (-14,3 Prozent) ausgegangen. Unterschiede gibt es hinsichtlich der Altersstruktur: Die stärksten Veränderungen sind im Jahr 2030 zu erwarten: Dann wird es den niedrigsten Anteil (8,9 Prozent) an unter 25-jährigen und den höchsten Anteil (13,6 Prozent) an über 65-jährigen Erwerbspersonen geben.

Bis 2020 lässt sich für die meisten kreisfreien Städte und Kreise ein Anstieg der Erwerbspersonenzahl fest-

stellen. Die Situation wird sich bis 2040 verändern: Die Erwerbspersonenzahl sinkt in NRW um 7,9 Prozent, dann können nur noch neun der kreisfreien Städte und Kreise, z. B. Köln (+14,8 Prozent), Düsseldorf (+9,8 Prozent) und Münster (+9,8 Prozent) Zuwächse verzeichnen.

Bei diesen Berechnungen und in den vorliegenden Ergebnissen konnte die aktuelle Bevölkerungsentwicklung – insbesondere der Zuzug von Schutzsuchenden – noch nicht berücksichtigt werden. (Quelle IT.NRW)



Eine analytische Darstellung dieses Themas finden Sie als kostenlosen unter:
<https://webshop.it.nrw.de/download.php?id=20237>

Düsseldorf: Schülergruppe gewinnt mit Bildungs-App digitalen Ideenwettbewerb

Zehn Schülerinnen und Schüler aus Düsseldorf haben den ersten „Hackathon“ gewonnen, ein digitaler Ideenwettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen. Ihre Idee: Mittels einer Quiz-App wird die Stadt Düsseldorf Touristen aber auch interessierten Einheimischen näher gebracht. Auf der Grundlage von frei verfügbaren Geodaten werden die Nutzer zu besonderen Plätzen geführt, wo sie Aufgaben erledigen oder Fragen beantworten müssen und so die Stadt näher kennen lernen. Belohnt wurde die Idee mit 5.000 Euro, die das Entwicklungsteam nun in die Verbesserung von Idee und Design ihres Prototyps stecken will.

Der „Hackathon“ stand unter dem Motto „Hack für Deine Bildung! Open Data Anwendungen für NRW“ und sollte im Rahmen eines Wettbewerbs die Chancen und Möglichkeiten von Open Data ausloten.



Der nächste „Hackathon“ findet am 3. September statt. Weitere Informationen gibt es unter www.open.nrw.

Regionales Fahrradverleihsystems Metropolradruhr wird ausgebaut – RVR und nextbike verlängern Vertrag

Der Regionalverband Ruhr (RVR), die beteiligten Städte und die Firma nextbike haben die Weichen für die Zukunft des regionalen Verleihsystems metropolradruhr gestellt. In einem ersten Schritt wurde der Betreibervertrag zwischen dem RVR und nextbike erneut um ein Jahr verlängert. Ziel von RVR, Städten und nextbike ist es, weiterhin ein regionalweites Fahrradverleihsystem in der Region anzubieten. Für den RVR ist das System unverzichtbarer Bestandteil unseres hochwertigen regionalen Radwegenetzes von über 700 Kilometern sowie des geplanten Rad-schnellwegs Ruhr. Nach Partnerschaften mit der Ruhr-Uni Bochum werde es ab April an der Universität Duisburg/Essen, der Folkwang Universität Essen und der Hochschule Ruhr-West in Mülheim/Bottrop einen Probebetrieb geben. Die dortigen Studierenden haben dann wie die Bochumer die erste Stunde jeder Fahrt frei. Laut Betreiberfirma nextbike konnte im vergangenen Jahr mit 240.000 Ausleihen ein neuer Rekord verbucht werden, dennoch liege die Aus-

lastung in einigen der zehn beteiligten Städte noch hinter den Erwartungen. Seit Auslaufen der Bundesförderung 2013 finanziert sich das metropolradruhr durch Einnahmen aus dem Verleih, der Werbevermarktung, Kooperationen mit Öffentlichen Verkehrsbetrieben und Hochschulen bzw. der Vermarktung von Dienstfahrrädern an Privatunternehmen. Der RVR beteiligt sich mit einem jährlichen Werbeetat von 10.000 Euro an dem System. Darüber hinaus gebe es erste Zusagen aus den zehn beteiligten Städten, sich mehr zu engagieren. Die Verkehrsunternehmen Bogestra, DSW21, DVG, MVG, EVAG bleiben Kooperationspartner und erhalten somit einen Sondertarif für ihre Abo-Kunden. (Quelle: idr)



Weitere Informationen unter: <http://www.metropolradruhr.de>

Termine

Stadtentwicklung

2. polis Convention: Fachmesse für Stadt- und Projektentwicklung
am 20. und 21. April 2016 in Düsseldorf
<http://www.polis-convention.com>



Energie

Moderne Wärmemarktstrukturen in NRW und Dänemark
am 3. Mai 2016 in Düsseldorf
<http://www.energieagentur.nrw>



Verkehr

Radschnellwege, Bahntrassen und Co.
am 24. und 25. Mai 2016 in Göttingen
<http://www.difu.de/veranstaltungen>



Impressum:

Eildienst – Informationen für Rat und Verwaltung

Herausgeber: Städtetag Nordrhein-Westfalen
Gereonshaus, Gereonstraße 18-32, 50670 Köln
Telefon: 0221/3771-0 Fax: 0221/3771-128
E-Mail: post@staedtetag-nrw.de
Internet: www.staedtetag-nrw.de
Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied: Dr. Stephan Articus
Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion: Uwe Schippmann
Gestaltung/Druck: Media Cologne GmbH, Hürth
Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,
Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495,
E-Mail: diederichs@medeya.de

Gedruckt auf Recyclingpapier

- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen ist die Stimme der Städte im größten Bundesland der Bundesrepublik Deutschland. In ihm haben sich 39 Städte – 22 kreisfreie und 17 kreisangehörige – mit neun Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. Der kommunale Spitzenverband repräsentiert damit knapp die Hälfte der Bevölkerung des Landes.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen vertritt die im Grundgesetz und der nordrhein-westfälischen Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung. Er nimmt aktiv die Interessen der Städte gegenüber dem Landtag, der Landesregierung und zahlreichen Organisationen wahr.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen berät seine Mitgliedstädte und informiert sie über alle kommunal bedeutsamen Vorgänge und Entwicklungen.
- Der Städtetag Nordrhein-Westfalen stellt den Erfahrungsaustausch zwischen seinen Mitgliedern her und fördert ihn in zahlreichen Gremien.

ISSN: 2364-0618

Köln, April 2016